

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Veranschauligungen und Umschreibungen
sind in der Morgenausgabe ausgegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung:
Gesellschaft 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Noch immer nicht!

Noch kein Finanzminister — aber Programmklärung unter allen Umständen.

Wie von zutraglicher Seite mitgeteilt wird, kommen die Herren Dr. Sämisch und von Roeder für den Posten des Finanzministers nicht mehr in Betracht.

Die Programmklärung der neuen Regierung wird heute abend unter allen Umständen stattfinden. Die Programmklärung wird ziemlich ausführlich gehalten sein.

Er hat ihn noch nicht! Den neuen Finanzminister nämlich. Herr Luther hat noch einmal mit Dr. Sämisch verhandelt, und wieder ohne Erfolg. Einen Finanzminister, damit heute die verhinderte Programmklärung stattfinden kann! Einen Finanzminister — aber er hat noch keinen.

Die Programmklärung am Freitag wurde verlagert, weil Herr Dr. Luther vor ihrer Abgabe notwendig mit dem neuen Finanzminister über den Inhalt sprechen mußte. Heute um 8 Uhr soll die Programmklärung erfolgen, diesmal unverhindert. Jetzt fehlen noch etwa 4 Stunden an diesem Termin, und Herr Luther hat den Finanzminister noch nicht. Wann will er mit ihm reden? Oder sollte der fehlende Finanzminister doch nicht der Grund der Verhinderung vom Freitag gewesen sein?

Er wird ihn aber haben! Nicht nur den Finanzminister, sondern sogar noch einen neuen Verkehrsminister. Wollte man den Gerüchten Glauben schenken, so müßte man sagen: er hat sie schon!

Ihren Namen — den darf man noch nicht nennen. Man weiß ihn nämlich noch nicht. Aber sie werden da sein. Sie werden neben Herrn Luther und Herrn Schiele, Herrn Ranih und Herrn Reuhaus, dem neuesten Schützling des Gesetzes zum Schutz der Republik, deren Verfassung er nicht beschwören wollte, auf der Ministerbank sitzen. Sie werden als Ueberraschung vor dem Reichstag erscheinen — wie Springteufel aus der Schachtel. Und Herr Luther, standiert von ihnen, wird diesmal nicht verhindert sein, sondern die Programmklärung seines Kabinetts vorlesen.

Diese Programmklärung überhaupt, mit deren Vorgeschichte von vornherein alles überschattet und perfließert ist, was darin stehen könnte und darin stehen wird. Wie ist es denn nun eigentlich? Hat man politische Absichten und ein Programm, für dessen Durchführung man Männer gesucht hat, oder ist man so verzweifelt auf die Suche nach Männern gegangen, um mit ihnen ein Programm machen zu können?

Herr Dr. Luther bildet eine Regierung. Ehe das eigentliche Spiel beginnt, hat sich das Vorspiel bei verschlossenem Vorhang abgerollt. Es hat das kommende Spiel genügend charakterisiert. Unter allen Umständen — so läßt die noch lächerliche Regierung versichern — wird heute um 8 Uhr der Vorhang hochgehen. Unter allen Umständen.

Aber Herr Dr. Luther hat noch keinen Finanzminister.

Empörung im Zentrum.

Sitzung des Vorstandes in Köln — ein Mißbilligungsschreiben.

Köln, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im rheinischen Zentrum herrscht große Aufregung über die Unterfütterung der Regierung Luther durch die Reichstagsfraktion der Partei. Am Sonnabend besahe sich bereits der Vorstand der Kölner Zentrumspartei mit der Haltung der Reichstagsfraktion und der Zusammensetzung der neuen Regierung. Am Dienstag dürfte der bisherige Reichstagsler Dr. Marx in Köln eine vertrauliche Be-

sprechung mit seinen Parteifreunden haben, deren Zweck eine Beruhigung der Parteianhänger ist. In der Sitzung des Vorstandes der Kölner Zentrumspartei wurde u. a. der Wortlaut eines Schreibens an Dr. Marx beschließen, in dem zunächst das lebhafteste Bedauern über das Ausscheiden von Dr. Marx zum Ausdruck gebracht wird. Wörtlich heißt es dann weiter: Tief durchdrungen von der Ueberzeugung, daß nur eine Fortführung der von Ihnen verfolgten Politik den inneren und äußeren Frieden unseres Vaterlandes gewährleisten, befürchten wir, nicht ohne Grund, daß die nunmehrige Regierung andere Wege gehen wird. Wir hätten gewünscht — und wir glauben, da im Namen der gesamten Wähler der Kölner Zentrumspartei, wenn nicht des ganzen Rheinlandes sprechen zu dürfen —, daß die Zentrumsfraktion des Reichstages nach dem uns auf das tiefste empörenden Verhalten derjenigen Parteien, die die Krisis verursachten und zu einer langdauernden gemacht haben, es abgelehnt hätte, in irgendeiner Form zu der neuen Regierung in Verbindung zu treten, ohne damit in die schärfste und grundsätzliche Opposition zu verfallen, die die Deutschnationale Volkspartei einem etwa von Ihnen gebildeten überparteilichen Kabinett angekündigt hatte. Wir wissen nicht, was die Zentrumsfraktion veranlaßt, von ihrem am 11. Januar einstimmig gefaßten und von der Partei und im Lande auf freundschaftliche begrüßten Beschluß abzugehen und enthalten uns deshalb jedes Urteils. Wir sprechen jedoch die bestimmte Erwartung aus, daß die Fraktion im weiteren Verlauf der Dinge allem den schärfsten Widerspruch entgegenstellen wird, was geeignet sein könnte, mit den Grundätzen unserer Partei in Widerspruch zu treten, dem Vaterlande und vor allem dem so schwer heimgesuchten Rheinlande zu schaden.

Ein weiteres Schreiben richtete der Vorstand der Kölner Zentrumspartei an die Reichstagsfraktion des Zentrums. In diesem Schreiben wird ebenfalls zu dem Beschluß der Zentrumsfraktion Stellung genommen und gesagt:

Wir möchten der Reichstagsfraktion nicht verhehlen, daß das Abgehen von dem von ihr am 11. Januar gefaßten Beschluß, an dem Kabinett Luther sich nicht zu beteiligen, uns mit lebhaftem Bedauern erfüllt.

Zentrumsarbeiter gegen Rechtsblock.

Eine Versammlung der christlichen Gewerkschaften.

Essen, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Zu einer scharfen Abrechnung der christlichen Gewerkschaften mit der neuen Reichsregierung wurde eine Versammlung, in deren Mitte eine Rede des Zentrumsabgeordneten und Arbeiterführers Imbusch stand. Obwohl er sich offensichtlich bemühte, beruhigend auf die aufgeregten christlichen Arbeiter zu wirken, erklärte er, daß eine Rechtsregierung, wie die Dr. Luthers nur haltbar sei, wenn sie wenigstens in sozialer Beziehung fortschrittlich gesinnt sei. Wäre das nicht der Fall, dann zwingte sie alle Arbeiter, ohne Unterschied der Partei, mit der Sozialdemokratie in die schärfste Opposition gegen die Rechtsregierung zu treten. Dem Unternehmertum warf Imbusch vor, daß es die Arbeitsgemeinschaft lediglich so lange gehalten habe, als sie für die Unternehmer von Vorteil war, nachher habe sie sie gegen Gesetz und Moral rückwärts preisgegeben, obwohl sie wissen mußten, daß die sozialen Gegensätze dadurch aufs äußerste verschärft wurden. In der Versammlung wurde eine Entschliessung angenommen, in der die Enttäuschung darüber ausgesprochen wird, daß das neue Reichskabinett die achtstündige Arbeitszeit an den Hochöfen erst zum 1. April einführt. Gefordert wird die umgehende Einführung des Achtstundentages für die Schwerarbeiter.

Bartholomäusnacht des Rechts.

Von unserem römischen Korrespondenten.

Rom, Mitte Januar 1925.

Vor einigen Tagen wurde das römische Faschistenblatt „Tevere“ beschlagnahmt, weil es in Riesentlettern die Ueberschrift trug: „Der Aentini flieht das Parlament, weil er weiß, daß er dort den Tod fände“. Es ist schwer zu verstehen, warum eine Bedrohung der Abgeordneten der Opposition, eben des sogenannten Aentini, dem Präsekten unstatthaft erschien, wenn das Ministerium selbst sich ansieht, das Parlament als Institution abzuwürgen, was doch schließlich für eine Nation immer noch etwas mehr bedeutet, als die materielle Beseitigung von 130 Abgeordneten. Derselbe Präsekt, der auf eine so echt faschistische Forderung mit der Beschlagnahme antwortet, müßte ja alle die Zeitungen beschlagnahmen, die am 14. Januar den Wortlaut des Entwurfs über die neuen Vollmachten veröffentlichten, die sich die Regierung bewilligen lassen will.

Dieser Entwurf übersteigt alles, was je einem Parlament zugemutet worden ist; im Vergleich zu ihm ist die vom „Tevere“ angeregte Beseitigung der Abgeordneten der Opposition durch die herrschende Partei geradezu eine Huldigung. Der Entwurf spuckt einfach dem ganzen Parlament ins Gesicht, Senat und Kammer. Durch ihn wird die Regierung ermächtigt:

1. im Strafgesetzbuch die Bestimmungen über das Strafsystem, über die Folgen und die Vollziehung der strafrechtlichen Urteile, über die strauschließenden oder strafmildernden Umstände, über die Rückfälligkeit und über die Verjährung sowie die Bestimmungen über die einzelnen Vergehen und Verbrechen und die ihnen zugemessenen Strafen umzugestalten;
2. die Strafprozessordnung abzuändern, unter Berücksichtigung der Mißbilligungen, die sich bei ihrer praktischen Anwendung herausgestellt haben;
3. die Gesetze über die Ordnung des Justizwesens und den Richterstand abzuändern;
4. die neuen Bestimmungen über Strafrecht, Strafprozessordnung und Justizwesen einander gleichzustellen;
5. das Bürgerliche Gesetzbuch umzugestalten, unter Veränderung der Beibehaltung der Grundprinzipien der zivilrechtlichen Institutionen.

Das Ministerium fordert also nichts Geringeres als die Vollmacht der Umgestaltung des ganzen italienischen Rechtswesens, eine Aufgabe, wie sie wohl eine konstituierende Versammlung auf sich nimmt unter der Zwangslage einer geschichtlichen Wendung, nachdem sie die Vollmacht von einer siegenden Revolution empfangen hat, bereit und verpflichtet, der ganzen Nation Rechenschaft abzulegen.

Wo liegt heute die Zwangslage zu einer Umgestaltung des italienischen Rechts? Von wem fordert das italienische Ministerium seine Vollmacht? Wem will es für ihren Gebrauch Rechenschaft ablegen?

Solange das Gesetzbuch von der „Oktoberrevolution“ nur als rhetorische Floskel Verwendung fand, konnte man es hingehen lassen. Will man aber jetzt aus dem mißbräuchlich verwendeten Wort „Revolution“ revolutionäre Bedürfnisse und Rechte herleiten, will man auf Kartenhäuser von Worten tatsächliche Umgestaltungen aufbauen, so wird das zu einem Purzelbaum und zu einem juristischen Rollenspieler führen, daß alle Mißblätter der Welt in Doppelnummern werden erscheinen müssen, um dem überlebensgroßen Unsinne gerecht zu werden.

Was hat denn die „Oktoberrevolution“ revolutioniert? Ja, was hat sie denn überhaupt revolutionieren wollen? Ihr Führer hat es selbst als das faschistische Programm bezeichnet, alle Stellungen und Einrichtungen des Staates in faschistische Hände zu bringen. Das hat man gewollt, das hat man erreicht — wir wünschen, wohl gespeist zu haben. Mag sein, daß bei dieser Besitzergreifung und ihrer Auswirkung das Strafgesetzbuch und die Strafprozessordnung recht oft un bequem waren. Aber daraus folgt noch keine Notwendigkeit zur Umgestaltung der Gesetzbücher des Landes.

Der Faschismus hat uns nichts Neues gegeben, keine Idee, keine Richtung, kein Streben, nur das polypenhafte Ansaugen an die Regierungsmacht, nur die müßige Orgie der Bereicherung seines Klüngels. Wir wollen nicht sagen, daß im italienischen Strafrecht und im Strafverfahren nichts der Verbesserung Bedürftiges wäre, aber wir behaupten, daß der Faschismus nicht berufen ist, Hand anzulegen: er will aus den Gesetzbüchern beseitigen, was modern ist, nicht, was veraltet. Sein Ideal liegt hinter uns, im Mittelalter, und tausend Operettenmärchen auf Rom schaffen noch keine revolutionäre Situation, aus der das Bedürfnis und das Recht einer Umgestaltung des Strafrechts und des Strafverfahrens hervorginge. Das heutige Strafrecht entspricht hundertmal mehr dem heutigen Rechtsbewußtsein in Italien als die faschistische Praktik, die man in Gesetzesform bringen möchte.

Und von wem fordert das Ministerium seine Vollmacht? Von einer Kammer, die unter einem System der Gewalt und des Betrug es gewählt wurde, das sie zu einem Zerrbild der Volksvertretung macht. Von einer Kammer, die selbst für die, die Gewalt und Betrug heilig sprechen, minderwertig ist, was Mussolini durch die Einbringung eines neuen Wahlrechts deutlich gezeigt hat. Diese Kammer, die in den Augen des Volkes, in den Augen der Wähler ein Popanz ist, und in den Augen der Regierung eine Mißgeburt, deren Weiterzeugung man durch verändertes Wahlrecht vorbeugen muß, diese Kammer soll das heutige Kabinett zu all den schönen Dingen ermächtigen, von denen

Landtagswahlen in Lippe-Detmold.

Erfolge der Sozialdemokraten.

Detmold, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Gestern fanden hier Landtagswahlen statt. Das Ergebnis war folgendes:

Landtagswahl	Reichstagswahl am 7. Dez.	Mandate
Sozialdemokraten	29 715	26 554
Demokraten	7 696	6 221
Christliche Gewerkschaften	4 675	3 771
Wirtschaftliche Vereinigung	5 462	—
Deutschnationale	22 013	21 381
Volkspartei	13 538	14 829
Kommunisten	3 679	3 685
Dörlische	678	2 688

Es stehen noch circa 1500 Wahlsteine aus, die erst im Laufe des heutigen Tages einlaufen. Es handelt sich hierbei um lippische Wanderarbeiter, die außerhalb auf Wahlscheine wählen. Die Mehrheit dürfte sozialdemokratisch gewählt haben.

Stoßung in den Wirtschaftsverhandlungen.

Uebergabe der neuen französischen Gegenvorschläge.

Paris, 18. Januar. (TU.) Handelsminister Raynaldi hat der deutschen Wirtschaftsdelegation heute nachmittag um ein Uhr die schriftliche Fassung seiner Vorschläge zustellen lassen. Die deutsche Delegation hat sofort mit der Prüfung des Schriftstückes begonnen. Bis zur Beantwortung der französischen Vorschläge werden voraussichtlich mehrere Tage verstreichen.

Verhaftungen aus der Wohnstätten G. m. b. H.

Eine Korrespondenz meldet über Verhaftungen in der Kreditangelegenheit Wohnstätten G. m. b. H. — Trianon-Filmgesellschaft. Danach wurden auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft die beiden Hauptaktionäre und Direktoren der Trianon-Filmgesellschaft, die Brüder D. und J. Schratter, sowie der gegenwärtige Geschäftsführer der Wohnstätten G. m. b. H., Regierungsrat Bretschneider und der frühere Geschäftsführer derselben Gesellschaft Wenzel, der ein Schwiegersohn des neuernannten Reichsministers des Innern Schiele ist und der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Wohnstätten G. m. b. H. Scheinrat Glah festgenommen.

Belgische Kriessprozesse.

Brüssel, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das Kriegsgericht Namur hat drei deutsche Offiziere incontinentumiam verurteilt, Hauptmann Collani und Major Heine zum Tode, Oberst von Dympteda zu 20 Jahren Zuchthaus. Sie werden verschiedener Norddeutschen und Greuel, im August 1914 begangen, beschuldigt. Demnach urteilt das gleiche Kriegsgericht über Oberst v. Hülsen und Feldwebel Müller vom 3. Garde-Grenadier-Regiment, Hauptmann Leppin vom 100. Sächsischen Grenadier-Regiment, Hauptmann Hesterberg vom 15. Husaren-Regiment. Weiter wurden vom Lütticher Kriegsgericht zum Tode verurteilt die Obersten von Theßmann und von Hedemann wegen Massenmord in Kollignon im August 1914. Vom Genter Kriegsgericht sollen abgeurteilt werden Georg Giesener, Rechtsanwalt Berlin, und Karl Zimmermann, Berlin, wegen Mord, Franz Rolles in Bonn wegen Mord, Bolke, Seidenfabrikant in Arefeld und von Westphalen, Dortmund, wegen Diebstahl. Damit ist die Reihe der beabsichtigten Aburteilungen keineswegs beendet.

eben die Rede war. Kraft des von dem Volke und von der Regierung in sie gesetzten Mißtrauens soll diese Kammer die ihrerseits vom Mißtrauen der Nation eingehüllte Regierung ermächtigen, Italiens Strafrecht, Strafverfahren, die Organisation seines Richterstandes und sein Zivilrecht umzugestalten. Was der Regierung und ihren Männern an Vertrauenswürdigkeit abgeht, würde die umfassende Inkompetenz in juristischen Fragen ausgleichen.

Aber nicht genug damit, daß Mussolini seine Generalvollmacht von einer in jeder Hinsicht entmündigten Körperschaft empfangen will, er will auch die Rechenschaftsfrage einer Art ausgestopftem Hanswurst geben. Hier gewinnt der Entwurf geradezu psychiatrisches Interesse. Auf Grund der Vollmachten paßt also Mussolini das italienische Strafrecht den faschistischen Bedürfnissen an und legt dann die Dekrete, die dieser Umgestaltung Gesetzgestraft verleihen, denselben parlamentarischen Kommissionen vor, die jetzt über den die Vollmacht fordernden Entwurf beraten sollen. Ja, wird man sagen, selbst im Reich des faschistischen Denkens kann man doch nicht in fünf Minuten alle Strafgesetze umgestalten; wie können also die Kommissionen einer vor ihrer Auflösung stehenden Kammer — selbst wenn sie erst nach dem heiligen Jahr aufgelöst werden sollte — mit der Annahme der die Umgestaltung sanktionierenden Entwürfe betraut werden?

In unserm gesegneten Lande geht das sehr einfach: der Faschismus haucht halt den Kommissionen ewiges Leben ein! Wenn die Kammer aufgelöst werden sollte und die Kommissäre (was Gott verhüten möge!) nicht wiedergewählt würden, so bleiben sie doch in Amt und Würden, immer bereit, wie ein Gipshund mit den Funktionen der Streifenbüchse, das gut zu heißen, was an faschistischem Strafrecht und faschistischem Strafverfahren Mussolini dem Lande zu beschaffen für gut hält. Wer von den Kommissären stirbt, wird durch einen vom Präsidenten der Kammer oder des Senats zu ernennenden Abgeordneten oder Senator ersetzt. Von der absterbenden Kammer betraut wird der italienische Justizminister seine Sanktion von einer einbalsamierten Kommission empfangen!

Gegenüber der geplanten „Bartholomäusnacht“ der Rechtsinstitute ist der Anschlag gegen den Freimaurerorden nur eine Kleinigkeit. Trotzdem dürfte er Italien im Ausland mehr Schwierigkeiten machen als die „interne Angelegenheit“ der Gefehbücher. Schon jetzt hat das Verbrennen und Ausschneiden der Freimaurerlogen zu Einsprüchen des Botschafters der Vereinigten Staaten geführt. Der neue Entwurf, der jeder Vereinigung zur Pflicht macht, die Liste ihrer Mitglieder innerhalb 48 Stunden einzureichen, dürfte in den Staaten, wo, wie in Nordamerika, England und Frankreich, der Freimaurerorden stark ist, nicht eben begeisterte Zustimmung erregen. Bei ungenauer oder falscher Angabe der Mitglieder kann 3000 Lire und fünfjähriger Ehrverlust verhängt werden. Auch kann der Verband aufgelöst werden. Die Beamten und Angestellten des Staates, der Provinzen und Gemeinden dürfen dem Freimaurerorden bei Verlust ihrer Stellung nicht angehören. Also — Spionagewesen in überstem Ausmaß!

Als Rückschlag der Lage haben wir die Koalition Giolitti-Orlando-Salandra, also der Opposition im Parlament, die übrigens im großen Ganzen mit der des Aventins im Einnehmen handelt. Die Nachricht von der Rückkehr der echten Opposition ins Parlament ist tendenziös und wurde hier nie ernst genommen. Stimmt man die Stimmen, so ist es klar, daß die Rückkehr nichts ändern könnte, außer in dem vom „Levere“ angeregten Sinne: 130 Stimmen des Aventins, plus etwa 45 der Opposition innerhalb des Parlaments und 16 der Kommunisten, macht etwa 200 Stimmen, denen 250 faschistische Stimmen gegenüberstehen. In der Kammer kommt die Sache nicht zum Austrag.

Will man die italienische Situation auf ihren krassesten Ausdruck bringen, wie es etwa der „Becco giallo“ täte, wenn man ihn nicht gerade abwürgte, so muß man sagen: die Re-

gierung setzt ihre Hoffnung in den Straßenaufrüstung, die Opposition in . . . Senat, Papst und Börse. Der Senat kann die ihm zugewiesene Rotzucht des Reichsgefühls ablehnen, der Papst kann die Faschisten in ihrem Heiligsten, ihrem Profit, treffen, indem er die Pilgerfahrten ablegt, und die Börse kann in dem internationalen Mißtrauen warnend den Abgrund zeigen, in den der Faschismus das Land Italien hinabzerrten möchte.

Relative Mehrheit — kein Pluralwahlrecht.

Rom, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In den späten Abendstunden des Sonnabend hat die Kammer das neue Wahlgesetz mit 268 gegen 19 Stimmen angenommen, nachdem die Regierung nicht zuletzt infolge des Einspruchs der faschistischen Arbeitervertreter, auf die Einführung des Pluralwahlrechts verzichtet hatte. Das neue Gesetz sieht 460 Abgeordnete, also auf rund 70 000 Einwohner ein Mandat vor. Die Wahl erfolgt mit relativer Mehrheit ohne Stichwahl. Die Kammer hat sich auf etwa 14 Tage vertagt, während die Ausschüsse von Kammer und Senat besonnen bleiben, um die neue Wahlkreiseinteilung durchzuführen.

Mussolini Paralytiker!

Genf, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der Schweiz treffen, angeblich von unbedingt zuverlässiger Seite, Nachrichten aus Rom ein, die den schlechten Gesundheitszustand Mussolinis bestätigen. Er leide an schweren Depressionen und Geistesstörungen, was die natürliche Folge eines alten Leidens sei, dem er in der Jugend zum Opfer gefallen ist. In der letzten Sitzung des faschistischen Großen Rates seien diese Dinge zur Sprache gebracht worden, doch sei angesichts der kritischen Lage beschlossen worden, vor der Öffentlichkeit strengstes Stillschweigen zu bewahren und sich vorläufig mit einer sorgfältigen Ueberwachung Mussolinis durch Vertrauensleute zu begnügen.

Luthers geistige Selbstblockade.

Das deutsche Volk muß die Wahrheit hören!

Es war während des Krieges oberster Regierungsgrundsatz, daß die „Stimmung“ der Bevölkerung um jeden Preis gehoben werden mußte. Deshalb wurden durch die Oberzensurstelle und durch das Kriegspresseamt die für Deutschland ungünstigen Äußerungen der feindlichen und neutralen Presse meist unterdrückt, während jeder Artikel, der in einem ausländischen Käseblättchen erschien und für Deutschland günstig klang, in aller Ausführlichkeit verbreitet wurde. Auf diese Art wurde das deutsche Volk über die in der Welt herrschende Meinung systematisch getäuscht; zu der Lebensmittelblockade der Alliierten trat die geistige Selbstblockade hinzu. Um so fürchterlicher war das Erwachen für das deutsche Volk, als es sich beim Zusammenbruch nicht nur machtpolitisch, sondern auch moralisch völlig isoliert sah.

Es ist freilich in den letzten sechs Jahren Deutschland gelungen, sich aus dieser geistigen Vereinsamung herauszuarbeiten, und bei den verschiedensten Anlässen — Ruhrbesetzung, Nichträumung der Kölner Zone und dergleichen — hat es sich gezeigt, daß der Nachrichtenapparat der Reichsregierung sehr wohl imstande ist, „deutschfreundliche“ Auslandstimmen in aller Ausführlichkeit zu verbreiten. Daneben aber war man seit der Revolution immer mehr dazu übergegangen, von Seiten der Behörden keine Hindernisse der Verbreitung „deutschfeindlicher“ Stimmen entgegenzusetzen.

Seit der Bildung der Regierung Luther ist das WTB, wie wir bereits hier einmal erwähnten, merkwürdig stumm geworden. Die gesamte Presse des Auslandes ist voll von Kommentaren über den neuen Kurs in Deutschland — und diese Kommentare sind ausnahmslos ausgesprochen ungünstig, ja die neue Reichsblockaderegierung hat in der ganzen Welt eine noch weit schlimmere Aufnahme gefunden, als man es annehmen konnte. Trotzdem werden diese Stimmen des Auslandes nicht verbreitet. Es gibt dafür keine andere Erklärung, als daß WTB, wie im Kriege zunächst der Pressestelle der Reichsregierung die erhaltenen Drahtberichte vorlegt, und daß diese dort zurück-

gehalten werden. Die meisten Auslandskorrespondenten von WTB sind ja somieso zugleich die Presseattachés der deutschen Botschaften und Gesandtschaften, die Telegrammspenden werden vom Reich getragen, was insofern verständlich ist, als ihre Berichte ja ebensosehr für die Information des Auswärtigen Amtes wie für den Vertrieb an die Presse bestimmt sind.

Es ist natürlich heute, wo alle großen deutschen Blätter in den wichtigsten Hauptstädten des Auslandes eigene Korrespondenten besitzen, nicht mehr möglich, die Tätigkeit der katastrophalen Aufnahme der Regierung Luther jenseits der deutschen Grenze zu unterdrücken. Vielmehr werden die politisch führenden Kreise auch ohne WTB und trotz der Pressestelle der Reichsregierung im Bilde sein. Aber für die große Masse der Bevölkerung draußen im Lande, für die zahllosen Provinzialblätter, die auf den Auslandsdienst der offiziellen Agentur angewiesen sind, bedeutet dieses System eine gefährliche Irreführung. Es muß Aufgabe der Sozialdemokratie und ihrer Presse sein, dafür zu sorgen, daß das deutsche Volk trotz dieser Rückkehr zu den unheilvollen Zensurmethoden des Weltkrieges schon jetzt darüber aufgeklärt werde, wie das Reichskabinett Luther im Auslande aufgenommen wurde, damit nur diejenigen sich über die unvermeidlichen katastrophalen Folgen dieser Rechtsfälschung wundern, die sich haben täuschen lassen wollen.

Lerne heken, ohne zu schimpfen.

Dieses Motto schien Herr Doehring bei seiner Reichsgründungsrede am gestrigen Sonntag im Berliner evangelischen Dom sich vorgesetzt zu haben. Nichts mehr vom christlichen Prügelstock, zu dessen unbarbarischen Gebrauch der Herr Domprediger die lutherische Reichs- und Landtagsabgeordneten aufgefordert hatte, soweit sie bei Sessionsbeginn aus Bedürfnis nach Doehring'scher Erleuchtung sich ihm zu Füßen niedergelassen hatten. Zwar sprach er auch gestern immerzu von der Politik, als ob ein richtiger Prediger sich stets dem Kapuziner in Wallensteins Lager zum Vorbild nehmen müßte; aber er verurteilte scheinbar gleichmäßig alle politischen Parteien, ohne auch nur eine einzige zu nennen, und er versicherte, daß aus den politischen Schwierigkeiten der Gegenwart kein Ausweg gefunden werden könne, solange nicht die Politiker wieder fromm und gläubig geworden wären. Da jedoch eine ganze Anzahl unserer verehrlichen bürgerlichen Parteien das Christentum im Programm haben, ja richten sich Doehring's Verdamnisse natürlich nur gegen die anderen, die „gottlosen“ Parteien. Noch deutlicher wurde er, als er sich einen getreuen Anhänger des verflorenen Obrigkeitstaates nannte; Herr Doehring würde gern wieder Untertan sein, wenn nur wieder die alten Gewalten oben wären. Der alte Wilhelm und Bismarck, die Reichsgründer, das seien die Richtigen gewesen, christliche, demütige Männer, die alles nur für die Allgemeinheit und nichts für sich selbst getan hätten. Dabei weiß nachgerade jedes Kind, daß der alte Wilhelm immer nur die Macht seines Hauses im Auge hatte, so daß sogar Bismarck ihm 1866 in schwerstem Kampf den Verzicht auf eine Annexion damals habsburgischen Gebiets abringen mußte. Und Bismarck selbst hat sich weder geheut, nach 1870 eine große Dotation anzunehmen, noch auch ganz einträgliche Geschäfte zu machen, wobei ihm die Hilfe des Juden Bleichröder gar nicht unwillkommen war.

Immerhin ging aus der Unterlassung grober und gradliniger Schimpferien und aus ihrer Erregung durch gewisse Andeutungen, welche Methode war sonst in evangelischen Kreisen recht gern als „jesuitisch“ bezeichnet, eine gewisse Scheu des Herrn Hof- und Dompredigers vor dem Straßengesetz hervor, gegen das er sich mit seiner Aufforderung zu brutaler Gewalttätigkeit und mit dem ganzen politischen Hegeleis seiner Rede an die Abgeordneten erheblich vergangen hat. Er gab diese Ursache seiner Mäßigung im Ausdruck auch deutlich zu erkennen, denn er sagte, wenn man über die jetzige Zügellosigkeit einmal ein scharfes Wort spreche, dann erhebe sich in der Presse sofort großer Lärm. . . . Mit der Zügellosigkeit hat er es überhaupt; nicht Freiheit habe die deutsche Revolution gebracht, von der man Goethes Wort, daß die französische Revolution nicht von Gott gewesen sei, vollaus anwenden könne, sondern nur Zügellosigkeit. Er äußerte sich nicht näher darüber, was darunter zu verstehen sei. Er zitierte auch nicht etwa Martin

Die Dichter regen sich.

Und wie sie sich regen und rappeln! Seitdem sie von der Inflation, der bösen Krankheit, wieder gesundeten, gründen sie Vereine, Bünde, Zweigvereine unauhörlich, und ebenso unauhörlich läßt die „breite Masse“, auf die man so gern alle Schuld schiebt, die „Organisationen“ aus Interesselosigkeit wieder eingehen. Und viele der Entwürfen wollen noch immer nicht begreifen, daß es nicht nur die Dichter sind, die ausgebeutet werden, und sie können nicht einsehen, daß andere insalgedessen eben auch Brotforgen haben.

So konsolidierte sich zum Exempel in diesen Tagen erst ein kleiner Bund, dessen Firma in seinem Interesse lieber verschwiegen sei, er hatte die Absicht, die zeitgenössische Dichtung zu fördern. Als nun am Sonntag vormittag so repräsentativ, wie es die häßliche Waise eines häßlichen Gymnasiums zulassen kann, die „Einführungsmatinee“ steigen sollte — siehe da: vollzählig war scheinbar nur die Presse, die einzuladen man natürlich nicht vergessen hatte. Sodergemäß konstatierten also die pflichterfüllten Rezensenten die Anwesenheit einiger „Herren vom Vorstand“, ihres engeren Bekanntenkreises und drei tatsächlich fremder Gäste, fernerhin aber den Ausfall der „Matinee“. Traurig gingen die „Herren vom Vorstand“ nach Hause, nicht ohne den trotzdem erreichten Kassenerfolg von zwei und einer halben Papiermark festzustellen, noch enttäuscht waren die drei Zuhörer, alle aber schimpften beim Mittagessen über die, die nicht da waren. Dachte auch jemand an die rein wirtschaftlichen Gründe, die das Volk keine Beziehung zur Dichtung finden läßt?

Weit mehr Glück hatte der leider so überaus konfessionelle „Verband deutscher Erzähler“. Für ihn, den korrekten und honorierten, las vor vielen Zuhörern aus eigenen Werken Baldemar Bonsels in Plenarsitzungskaale des Reichstags. Auch, wie sein, auf dem tintenbespritzten Blatz eines Ministers sitzen zu dürfen, so wie langweilig war trotzdem der den „ermöglichten Vertretern deutschen Geistes“ begrüßende Schwulst Georg Engels, ach wie müßig ist doch eigentlich trotz der geschmacklosen, von ihm selbst zurückgewiesenen Reklame in seinen schriftstellerischen Äußerungen dieser Geist selbst. Gewiß hat er Bektesendes für sich, sonst wäre er ja nicht so beliebt, aber es ist auch nur Bektesendes und nichts gedanklich oder ästhetisch Befriedigendes, was man bei der Lektüre seiner Werke (abgesehen natürlich von der „Biene Roja“) immer wieder feststellt. Mit gefälligen Organlos der Dichter aus „Indienfahrt“, „Worsolan“ und „Kotzen eines Bagabunden“, die Stücke standen unter einem einheitlichen Gesichtspunkt, hatten selbst aber kein Gesicht, geschweige denn Charakter. Bonsels ist der Philosoph der Backfische, der Parität der „gebildeten Kreise“, der Stresemann unter den deutschen Dichtern — ich werde den Eindruck nicht los. Und das ist das Schlimme, daß die Stresemänner immer noch und überall ihre Rundschaff finden.

Erich Gottgelten.

Bezirksbildungsanschuß Groß-Berlin SPD.: Drei musikalische Komödien. Es war ein außerordentlich glücklicher Gedanke, im Rahmen gerade dieser Veranstaltung drei der köstlichsten musikalischen Komödien zu bringen: Johann Sebastian Bachs, des Crüstins und Wüchigen schelmisch plaudernde „Koffee-Kantate“, Friedrich von Flotows liebenswürdig sentimentale, und dann wieder allerkleinst oberflächliche „Büme Grapin“ und zuletzt Richard Genées „Musikfeind“, dessen Komik, dessen musikalische Lustigkeit und Raffigkeit jeden Musikfreund, ja selbst den gelegentlichen Hochmann erfreuen muß und dessen liebenswürdig ins schwierige ästhetische Gebiet zielender Schluß gar noch überaus macht. — Sieht man in den Veranstaltungen des Bildungsausschusses das Bestreben, als Faktor in der Reihe mannigfacher anderer wirkender Glieder eine eigene Haltung zur Kunst, ein neues Stück Kultur auf rezeptivem Wege zu erarbeiten, so muß man die Auswahl dieser musikalischen Komödien besonders hoch ansetzen. In der willigen Hinnahme zu ihnen spricht sich auch ein Stück Abwendung vom pompös-materialistischen Rossenaugebod aus, äußert sich derselbe Zug ins Persönliche, dabei allem recht Pathetisch abholde wie im sommermusikalischen Schöpfen der Gegenwart, der Hinnahme zum Animen und schlicht Großen. War also die Uebereinstimmung des Stoffes mit der geistigen Haltung der Hörer von vornherein glücklich inspiriert, so konnte eine begeisterte Äußerung des Publikums nicht ausbleiben. Die Zuhörer nahmen lebendigen Anteil am reizenden Spiel und dem Hergang Rosa Hjorth-Sells, die besonders im „Musikfeind“ eine stimmlich außerordentlich dankbare Aufgabe mit viel gutem Gelingen löste. Es erfreute sich genugsam an der feinen und dabei dezenten Darstellungsart und der Sangeskunst Walter Vogans und Walter Ahrens. Daß Frau Professor Flemming mitfühlender und schwingenvoll musizierender Begleiter war, versteht sich von selbst. Es war ein glücklicher und niedlicher Abend, der selbst ein abgehärtetes Musikantenherge vom „ästhetischen Genuss“ zur „menschlichen Teilnahme“ herabsinken machte, was so nach Reiffers Bufen nicht mehr „ungehindertes geistiges Empfangen und Freischmeden“ sein soll. E. G.

Der König mit dem Wasserkopf. In England hat man an den Mumien einiger Pharaonen neue Anatomische und chemische Studien gemacht, auf Grund deren der in diesen Dingen als Spezialist geltende Dr. Elliot Smith die Krankheiten festgestellt hat, die den Tod der alten Pharaonen herbeiführt hatten. So wurden beispielsweise bei der Mumie des Pharaon Nereeta alle Zeichen der Arterienverkalkung gefunden. Bei der Mumie des Königs Ramses V. aus der zwanzigsten Dynastie, der um das Jahr 1200 v. Chr. lebte, konnten von Furunkeln stammende Narben und daneben Anzeichen von Wasserjucht festgestellt werden, während die Form und die charakteristischen Merkmale des Schädels des Kaiserkönigs Amnophis IV. (um 1360 v. Chr.) Spuren zeigten, daß er einen Wasserkopf hatte. Die von den Priestern ausgeführte Einbalsamierung hatte für die Entwicklung der anatomischen Wissenschaft deshalb große Bedeutung, weil die Völker des Altertums, besonders die Griechen, an den Mumien in jener Zeit, in der die Sektion von Leichen noch als gotteslästerliches Werk galt, die Anatomie des menschlichen Körpers studierten. Nur die Chinesen führten zu wissenschaftlichen Zwecken schon vor zweitausend Jahren Sektionen von Leichen aus. In Europa war es erst der Neuzelt vorbehalten, Leichenöffnungen in der medizinischen Praxis zu ermöglichen.

Das psychische „Halsband“. Die von dem französischen Arzt Dr. Coué empfohlene autohypnotische Behandlung sieht auch als Anregung zur Konzentration einen Strick mit 20 Knoten vor; man soll bei den Übungen diesen Knoten fest in die Hand nehmen und dabei die berühmte Formel sagen: „Jeden Tag fühle ich mich in jeder Hinsicht besser und besser.“ Die neueste Umformung dieses „Andachtsstricks“ ist nun ein Halsband mit 21 bunten Kugeln, das die Anhängerinnen des Wunderdoktors um den Hals tragen. Die Kugeln haben sieben Farben, die bestimmte „psychische Bedeutung“ besitzen. So bedeutet Violett religiöses Fühlen, Indigo geistige Entwicklung, Blau Selbstlosigkeit, Gelb Klugheit, Grün Lust und Hofflichkeit, Orange Ehrgeiz, Rot Leidenschaft. Die Kugeln mit der Eigenschaft, die man in sich stärken will, muß man in die Hand nehmen und dem die bekannten Coué'schen Formeln aussprechen. Man empfängt angeblich die besonderen psychischen Kräfte, die mit der betreffenden Farbe verknüpft sind.

Eine neue Theaterzeitschrift. Für die Freunde des Mitteldeutschen Landestheaters in Halle a. d. S., das über zwanzig Volkshäuser und Theatergemeinden Mitteldeutschlands Vorstellungen gibt, wird jetzt monatlich, nach Bedarf auch in kürzeren Abständen, die Zeitschrift „Das Volkstheater“ herausgegeben. „Das Volkstheater“ soll nicht nur die Beziehungen zwischen Theater und Bevölkerung noch inniger gestalten, sondern darüber hinaus ein Vortrater in allen künstlerischen und organisatorischen Fragen, ein Förderer des Theaterlebens und ein Wegweiser durch die moderne Literatur sein.

Vorträge. Der Vortrag des Professor A. von Frick im Wilmersdorf-Berein über die Sprache der Dienen findet nicht am 21. Januar, sondern erst am 11. Februar statt.

Im Leffing-Hausraum (nicht Donnerstags, 8 Uhr, Dr. Gänther Roth zu Leffing's Geburtstag über Leffing's Aufsätze aus der „Lugenzeit“. Eigenen daraus werden gelesen.

Die Staatliche Kunstbibliothek, Prinz-Albrecht-Straße 7a, veranstaltet in ihrem Lesesaal eine Ausstellung „Kellamelenk aus aller Zeit“. Sie wird am 20. d. M. 12 Uhr eröffnet und bleibt bis zum 20. Februar meisttäglich von 9 bis 12 Uhr frei zugänglich.

Die Galerie J. C. v. P., Anstifterndamm 238, eröffnet eine Ausstellung von Bildnissen, Aquarellen und Graphik von Richard Wagner-Dorheim.

Im Weßen Saal des Schlossjuleums werden vom 21. Januar bis 12. Februar Vorbildungen der großen Wollaitgenalbe in 500 Bildern in Ravenna ausgestellt, die in den Vereinigten Reichteilen für Polak und Glasmalerei von Paul u. Wagner, Gottfried Heinerdick, Berlin Reptom, verfertigt worden sind. Dargestellt sind das österröische Kaiserpaar Juljan an und Theodora mit ihrem Gefolge um 547.

Schließung der Universität Neapel. Da sich in letzter Zeit die Unversöhnlichkeit zwischen katholischen und nichtkatholischen Studenten in den Räumen der Universität von Neapel gebärt haben, hat der akademische Senat beschlossen, die Universität bis auf weiteres zu schließen.

Ein Kleingewässerung mit einer Motorenstärke von 3000 HP. und einer durchschnittlichen Stundenleistungsmöglichkeit von 160 Kilometern hat soeben seine ersten Probefläge in Heilbronn (England) bestanden. Das Flugzeug ist dazu bestimmt, die Flotte zu begleiten.

Die englische Nordpolexpedition. Ein Komitee in Liverpool läßt eine Nordpolexpedition aus, an der sich 16 Personen beteiligen werden. Sie wurde bereits das Schiff „Adana“ gemietet, das den Druck des Eises belandern überstand entgegensteht. Die Expedition wird ungefähr sieben Monate dauern und sich aus drei Flugzeugen bedienen.

Gewerkschaftsbewegung

Ein unhaltbarer Zustand.

Es vergeht fast kein Vertag, an dem durch Zeitungsinferate angeleitet, arbeitslose Männer und Frauen ihre letzten Kräfte aufsparen, um in ganzen Scharen nach einer Stelle zu suchen, wo sie Arbeit zu finden hoffen. Finden sie dann, daß sie unglücklich genarrt wurden, suchen sie natürlich ihrer Erregung irgendwie Ausdruck zu geben.

So waren auch heute etwa 50 Frauen in der Lindenstraße 38 zusammengekommen, angeleitet durch eine Anzeige, in der perfekte Schuhmacherinnen in und außer dem Hause gesucht wurden. Den Frauen wurde gesagt, es handle sich um einen „Druckfehler“ in der Anzeige, da Arbeit außer dem Hause nicht vergeben wird, womit fast alle Frauen gerechnet haben. Auf Erkundigung bei einer der Zeitungen, die das Inserat gebracht hatten, stellten sie fest, daß es sich nicht um einen Druckfehler handelte, die Anzeige vielmehr so gebracht wurde, wie sie aufgegeben war. Dieser „Druckfehler“ soll übrigens der betreffenden Firma Leschner ständig passieren.

Wie kann diesem Unfug abgeholfen werden? Jeder Arbeitssuchende muß sich von vornherein sagen, daß Stellen, die nicht bei einem Arbeitsnachweis gemeldet, sondern in irgendeiner Inseratenplattform ausgeschrieben werden, von vornherein recht zweifelhaft sind. Dennoch gibt es Tausende und aber Tausende, die anstatt der Arbeiterpresse irgendein Lokalblatt halten, weil darin mehr Stellen angezeigt sind. So lange bis sie durch Schäden klug geworden sind. Weist sie noch die am wenigsten gepöhlte, die nur ihr Jahrgeld und ihre Zeit verloren haben. Den „Glücklichen“, die eine dieser „feinen“ Stellen bekommen, geht es meist weit schlechter.

Gewöhnen sich alle Arbeiterinnen und Arbeiter daran, nur den für sie zuständigen Arbeitsnachweis zu benutzen, dann müssen dort auch die offenen Stellen gemeldet werden. Begreifen sie außerdem, daß sie gewerkschaftlich organisiert sein müssen, dann kann den Freiheimern auf dem Arbeitsmarkt mehr und mehr das Handwerk gelegt werden.

Außerdem müßte das Landesarbeitsamt diesem Mißstand zusehen gehen durch systematische Beobachtung der ständigen Stellenangebote, die in keinem Verhältnis stehen zum Bedarf an Arbeitskräften, wie durch Einrichtung einer Beschwerdestelle. Dem Schindluderreiben mit der Not der Arbeitssuchenden muß mit allen Mitteln begegnet werden.

Streikbeschluss im Kohlengroßhandel.

Einem Schiedspruch, der 3 Pfd. Lohnerhöhung brachte, haben die Unternehmer die Zustimmung verweigert, worauf der Deutsche Verkehrsbund die Verbindlichkeitsklärung beantragte. Der Schlichter hat sie abgelehnt. Mit der daraus sich ergebenden Situation beschäftigte sich gestern, Sonntag, eine stark besuchte Versammlung der beteiligten Arbeiter. Der Vertreter des Verkehrsbundes, Sektionsleiter Köllinger, betonte in seinem Bericht, daß namentlich alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind und nur der Kampf übrig bleibt, wenn nicht auf jede Lohnerhöhung verzichtet werden soll. Er schlug deshalb vor, in der Versammlung den Streik im Prinzip zu beschließen, die Durchführung aber einer aus der Mitte der Versammlung gewählten Streikleitung zu übertragen.

In der ausgedehnten Diskussion forderte ein Teil der Redner den sofortigen Streikbeginn. Einmütigkeit herrschte jedenfalls bei allen Rednern darüber, daß das Kampfobjekt sich nicht mehr um die 3 Pfd. Zulage des Schiedspruchs drehe, sondern um die ursprüngliche Forderung von 15 Proz. Lohnzulage. Die Versammlung stimmte dem Vorschlag der Sektionsleitung zu.

Die Arbeiterschaft hat in diesem Lohnkampf eine große Geduld gezeigt. Man kann nicht sagen, daß für diese Arbeit bei 79 Pfd. Spitzlohn die Forderung nach einer 15prozentigen Lohnzulage unbedenklich wäre. Um so bedauerlicher ist es, daß es der Schlichtungsbehörde nicht gelungen ist, den offenen Konflikt zu vermeiden. Der Streik ist beschlossen. Lassen es die Unternehmer darauf ankommen, dann wird die Kohlenbelieferung Berlins in den nächsten Tagen ins Stocken geraten.

Der Lohnkonflikt in den Verkehrsbetrieben.

Die Lohnverhandlungen, die von den Organisationen für die Arbeitnehmer der Berliner Verkehrsbetriebe geführt wurden, sind bei der Hochbahn zu einem Abschluß gekommen. Die Direktion sowohl, wie auch die Arbeitnehmer haben den Schiedspruch angenommen, der für alle Gruppen eine Zulage von 5 Pfd. für die Stunde bringt. Bei der Omnibusgesellschaft ist der Konflikt noch in der Schwebe. Die Gesellschaft erklärte sich außerstande, auch nur die geringste Erhöhung bewilligen zu können. Ein Schiedspruch sah die Verlängerung des Lohnabkommens bis zum Ende Januar vor. Die Belegschaft ist gegenwärtig noch in der Abstimmung darüber. Die Verhandlungen für die Straßenbahner sind noch nicht abgeschlossen. Die Zulage der Direktion, allen Arbeitnehmern 5 Pfd. Zulage zu gewähren, wird am Dienstag die Belegschaft beschäftigen.

Lohnforderungen in der Metallindustrie. Der Maschinen- und Heizer.

Die im Zentralverband der Maschinen- und Heizer organisierten und in der Metallindustrie beschäftigten Heizer und Maschinenisten nahmen in einer gutbesuchten Versammlung Stellung zu den zurzeit bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen, in der Scharff von der Ortsverwaltung folgendes ausführte:

Man mag darüber streiten, ob die bisher von den Gewerkschaften angewandte Taktik richtig war oder nicht, aber all diese Auseinandersetzungen haben uns keinen Schritt weiter gebracht, sondern bildeten ein Hindernis, um mit Erfolg gegen die Maßnahmen des Verbandes Berliner Metallindustrieller anzukämpfen zu können. In letzter Zeit hat sich erfreulicherweise ein für die Arbeiterschaft günstiger Umschwung bemerkbar gemacht. Eine Umfrage, die vom Zentralverband der Maschinen- und Heizer gestellt wurde, hat ergeben, daß die heute gezahlten Löhne zwischen 58 und 85 Pfd. schwanken. Diese große Spanne ist ein Zustand, der für die Arbeiter unerträglich ist. In den Betrieben, wo die Arbeiter sich ihre Organisationszugehörigkeit erhalten hatten, war es möglich, einen höheren Lohn zu erreichen. Anders lag es in denjenigen Betrieben, wo die Vorbedingungen für ein geschlossenes Vorgehen nicht gegeben waren. Letzteres hat sich nunmehr geändert. Die Arbeiter haben in der letzten Zeit zum größten Teil den Weg zur Organisation zurückgefunden und somit die Kraft erlangt, durch die Gewerkschaft an den Arbeitgeberverband mit einer einheitlichen Forderung heranzutreten. Das Metallkartell hat in einer seiner letzten Sitzungen Stellung hierzu genommen und einem vom Zentralverband der Maschinen- und Heizer gestellten Antrag, an den Arbeitgeberverband mit einer Lohnforderung heranzutreten, zugestimmt.

In der Diskussion wurde von allen Rednern das Vorgehen der Branchenkommmission gutgeheißen und der dringende Wunsch geäußert, die Verhandlungen zu beschleunigen. Für den Fall, daß der Arbeitgeberverband den gerechten Forderungen der Arbeiter nicht Rechnung trägt, wurde die Organisation beauftragt, die notwendigen Schritte einzuleiten, die zur Durchführung der Bewegung erforderlich sind. Die Versammlung selbst zeichnete sich besonders durch den Ernst, von dem sie getragen wurde, aus. Nicht leere Worte wurden gemacht, alle befehle der Wille des geschlossenen Handelns.

Der Thüringer Metallarbeiterstreik beendet.

Seit 14 Wochen streikten die Metallarbeiter in den verschiedenen Orten Thüringens. Durch Vergleichsverhandlungen ist eine Einigung erzielt. Die Abstimmung in den Streik-

orten ist erfolgt. Die Arbeit wird sofort aufgenommen. Die vom Schlichter für Thüringen gefaßten und vom Arbeitsministerium für verbindlich erklärten Schiedsprüche sind genehmert. Die von den Arbeitnehmern angeforderten Paragrafen, die die Ferien und die Staffellafordere regeln, sind nach den Wünschen der Arbeitnehmer geändert worden. In der Lohnfrage erfolgt eine weitere Zulage, so daß der Stundenlohn ab 1. Februar 66 Pfd. und ab 1. März 57 Pfd. ohne prozentuale Zuschläge in der Spitze beträgt.

Lohnbewegung der Metallarbeiter in Bayern.

München, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der bayerischen Metallindustrie droht ein schwerer Kampf als Folge eines völlig unzureichenden Lohnangebots der Arbeitgeber an die Angestellten. Sowohl die Münchener wie die Rürnberger und Augsburg Angestellten der Metallindustrie haben das Arbeitgeberangebot abgelehnt und beschlossen, in den Betrieben sofort über die Anwendung der schärfsten Kampfmittel abstimmen zu lassen für den Fall, daß die letzten Verhandlungen noch einmal ergebnislos verlaufen.

Die kommunistische Amnestiemoral.

Braunschweig, 17. Januar. (Eigener Bericht.) Die Generalkonferenz der Ortsgruppe Braunschweig des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vollzog am Freitag die Neuwahlen für die Ortsverwaltung. Es wurde Pötenwahl beschlossen. Die Liste Amsterdam erhielt 374 Stimmen, die Liste Moskau 119. Die Richtung Amsterdam befehlte also sämtliche Posten. Die Kommunisten brachten dann zwei Anträge ein. Der eine fordert die Freilassung des neugewählten kommunistischen Landtagsabgeordneten Gmeiner, der andere die Freilassung der proletarischen Gefangenen in Deutschland. Unsere Genossen stellten einen weiteren Antrag, auch den eingekerkerten Klassen-genossen in Rußland die Freiheit wiederzugeben. In einer heftigen Aussprache wandten sich die Kommunisten gegen diesen Antrag. Die ersten beiden Anträge wurden einstimmig, der Antrag bezüglich der russischen Gefangenen aber gegen die Stimmen eines Teils der Kommunisten angenommen. Der größere Teil der kommunistischen Metallarbeiter schämte sich offenbar, diesen Antrag niederstimmen zu helfen. Die übergroße Mehrheit der Metallarbeiterkonferenz brach, als die Kommunisten zur Gegenprobe die Hände erhoben, in spontane Entrüstung aus.

Die Lohnbewegung der Saareisenbahner.

Die drei Tarifgewerkschaften der Saareisenbahner haben am Freitag bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Regierungskommission über die seit Wochen erbobenen Lohnforderungen die sofortige Auszahlung einer Wirtschaftshilfe verlangt. Da zurzeit drei Mitglieder der Regierungskommission wegen der Saarzulage in Paris weilen, erklärte sich der Regierungsbereiter außerstande, eine Zulage zu machen und verbot, die Organisationen bis Mitte nächster Woche über die Vorschläge der Regierungskommission in Kenntnis zu setzen.

Beantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kulturleben: A. S. Köhler; Lokales und Sonstiges: Felix Rastbach; Anzeigen: H. Gode; Familien in Berlin: Berlog; Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermanns-Verlagsdruckerei und Verlagsbuchhandlung; Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindendamm 3.

In meinem Geschäft wird zum Waschen der Haare ausschließlich

Lavaren

benutzt, nicht aber sodahaltige, die Haare veräuzernde Shampooermittel. Beachten Sie diese Ankündigung, wenn Sie Ihre Haare in Friseurgeschäften waschen oder shampooieren lassen, damit Sie sicher sind, daß Ihr Haar durch die Haarwäsche gesund und gepflegt wird und Ihnen nicht ausgeht.

Rahma

MARGARINE

buttergleich



selbst aber ohnegleichen,
weil sie den Nährwert und Feingeschmack
der besten Tafelbutter mit der Billigkeit
der Margarine in sich vereinigt.
Immer frisch! Überall erhältlich!
1/2 Pfd. nur 50 Pfg.
Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis

Reichshallen-Theater
Altehandl 8 U. u. Sonntags nachm. 3 Uhr
Steffiner Sänger
Nachmittags halbe Preise
volles Programm.

Dönhoff-Brettl! D. große
Neujahr-Programm
Anf. 7 1/2 U. Sonnt. 8 1/2 U.

**Verein der Berliner Buchdrucker
und Schriftgießer.**

Donnerstag, den 22. Januar, nachm. 5 1/2 Uhr
Generalversammlung
in den Germania-Prechtstätten, Chausseest. 110.
Tagesordnung: Berichterstattung von den Ver-
handlungen.

Eintritt nur gegen Vorweisung der neuen Legitimations-
karten für 1925. Zutritt haben nur die Delegierten der Bezirke
und bis laut § 4. Abs. 1 u. 2. zugelassenen Vertreter. [108 13]
Mittwoch, den 21. Januar, abends 7 Uhr: **Vorstandsitzung
Der Gewerkschaft.**

Quintus Rabon
in Reklamemägen
mit 99 1/2 Jahren
Spezialist
Conrad Müller
Schneiderei

Verkäufe

Kaumann-Wäsche für Haus-
gebrauch und Gewerbe. Teilschlüss. Re-
paratur-Werkstatt für alle Sorten
Emil Salberth G. m. b. H. Kleider-
straße 53a. Werkst. 6268.

Leppich - Scherz verkauft seine
Teilschlüss. Leppichs 200.- an
Reichen. Timmerstein, Bettvorlagen,
Schürchen, ein schabbes, billigen
Preisen. Müller Straße 104a. Rein
Geben.

Verkauf von Gesellschafts-Anlagen
Brunnenstraße 4. Norden 3177.

Damenmäntel, direkt od. Werkst.,
Wintermäntel 3,75, 4,75, Neufachmäntel
6.-, 9.-, Frühjahrmäntel 12.-, 14.-,
Sommärmäntel 16.-, 19.-, Reppen-
mäntel, Affenbaummäntel 21.-, 24.-,
schwere Reppenmäntel 34.-, 39.-,
Schnedel, Strickmäntel 15, eine Leppich-
Kochschürze, Kleidermacher.

Wandspiegel, Reichen Brunnen-
straße 5. Firma achten. Anlässe, Polster-
möbel, Cutawens, Stoffs, Einlagen, von
feinsten Materialien nur kurze Zeit ge-
tragen. Hochgelobte neue Garbentube,
das feinste vom feinen, selbst benutzte
belle Arbeit, sehr preiswert. Gelegen-
heitsfälle in Sportspielen, Schachspiel,
inkl. 30 Prozent billiger.

Teilschlüss. Wäsche direkt
eigene Reparaturwerkst. rüd. Mah-
Lampenschirm, Schneidewerkst., Dres-
Lampenschirm 67. Laden in der Pöten-
Altehandlstraße.

Möbel

Teilschlüss. Rohmöbel, Röhrenmöbel,
Metallbetten, Kasparier vorübergehend
70 Prozent. Sch. Große Frankfurt-
straße 47. Anzeigebüro: Charlotten-
burg, Anzeigebüro 47.

Wandspiegel, Kuffenmetrotren,
Metallbetten, Chaiselonnas, Walter,
Stewardstraße achtzehn.

Theater am Kottbuser Tor.
Tägl. 8 Uhr und
Sonntags nachm. 3 Uhr
Elite-Sänger.
Die Revue des Humors:
"Elite... voran!"
Volksstimmliche Preise.

wirksam sind die
KLEINEN ANZEIGEN
in der Gesamtauflage
des „Vorwärts“ und
billig!

**Krause-
Pianos**
zur
Miete
Ansbacher Str. 1,
106 Kottbuscher

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Damenmäntel, direkt od. Werkst.,
5.-, 5.- mit Pelzputzen 7.-, 10.-,
15.-, Affenbaummäntel, Pelzmäntel
21.-, 29.-, 39.-, Zwirnärmel 7.-,
14.-, 19.-, 29.-, 39.-, Wollmäntel,
Sommärmäntel, Kleidermacher, Über-
leppichstraße 66, II (Leppichs Straße),
9-7 Uhr.

Musikinstrumente

Flauto preiswert, Klaviermacher
Einf. Brunnenstraße 33.

Kaufgesuche

Kahrräder samt Einzelteilen 15
Bismarckstr. 10, 1000
Kauf, Bismarckstraße 36.